

an:
Bildungsdepartement des Kantons
St. Gallen

Jungfreisinnige St. Gallen unterstützen die Stossrichtung des XIV. Nachtrag zum Mittelschulgesetz

Die Jungfreisinnigen des Kantons St. Gallen (JFSG) begrünnen das Verbot von Absenzen zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen, welche auf die Störung des Unterrichts zielt. Jedoch kritisieren die JFSG, dass jegliche politische Veranstaltungen mit solchen Störaktionen gleichgesetzt werden.

Nein zu Störaktionen und zur Instrumentalisierung des Schulunterrichts

Die JFSG lehnen jegliche politische Aktion, welche darauf zielt, den Schulunterricht zu stören oder diesen zu instrumentalisieren konsequent ab. Die Aktionen des sogenannten „Klimastreikes“ der „Friday for Future“-Bewegung waren falsch und wie die Aktion vom 25. März dieser Gruppe zeigte auch komplett unnötig, denn die mediale Aufmerksamkeit bekam die Gruppe auch bei der Aktion ausserhalb der Unterrichtszeit. Die JFSG begrünnen deshalb das Verbot der Bewilligung einer Absenz zur Teilnahme an einer Störaktion des Unterrichts und rufen alle politischen Parteien und Gruppierungen auf, auf weiteren Aktionen dieser Art zu verzichten.

Kritik an Brandmarkung aller politischen Veranstaltungen und Vereine

Die JFSG sprechen sich allerdings gegen ein Blanko-Verbot aller Absenzen in Verbindung mit politischen Veranstaltungen aus. Während es absolut Sinn macht, die Teilnahme an Störaktionen zu untersagen, ist es falsch, die Teilnahme oder Beiwohnung einer Podiumsdiskussion in den gleichen Topf zu werfen. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass der politischen Bildung im Lehrplan 21 grosse Aufmerksamkeit gewidmet wird, sehen es die JFSG als nicht zielführend an, die Teilnahme an Podiumsdiskussionen zu verbieten. In den Augen der JFSG ist die Erlaubnis: „[...], wenn das Thema Gegenstand des fachlichen Unterrichts ist, [...]“ kein guter Kompromiss. Unter diesem Kriterium würden gerade wirtschafts- und aussenpolitische Themen zu kurz und umweltpolitische Themen zu oft vorkommen.

Ebenfalls ist es fraglich, ob unter dem Passus: „Teilnahme an Vereins-, Gruppen- und Sportanlässen in leitender Funktion“ auch die Teilnahme an politischen Veranstaltungen in

leitender Funktion erlaubt wird. Wenn nicht, müsste dies, nach Meinung der JFSG, präzisiert werden. Denn politische Parteien und Gruppen sind ebenfalls als Vereine organisiert.

Unterstützung für die Flexibilisierung der Schulferien

Die JFSG unterstützen den Ansatz des Bildungsdepartementes zur Handhabung der Schulferien und allfälligen besonderen Unterrichtswochen und Sprachaufenthalte. Unter der Berücksichtigung des Projektes „Gymnasium der Zukunft“ ist dieser Ansatz äusserst unterstützenswert, denn er öffnet neue Möglichkeiten für mehr individualisierte Unterrichtsansätze. Die Möglichkeiten von sogenannten „Lift-Kursen“ und speziellen Deutschkursen helfen dabei, dass jede und jeder Chancen auf weltbeste Bildung hat und diese auch wahrnehmen kann. Weiter begrüssen die JFSG die Einführung von zwei sogenannten „Jokerhalbtagen“. Dies insbesondere, da es eine Angleichung der Praxis der Volksschulen darstellt und deshalb auch gerade eine Vereinfachung für Eltern von Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Schulstufen ist.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

- Lorenzo Friedli, Kampagnenleiter, lorenzo.friedli@jfsg.ch, +41 78 922 07 00